

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 11 (1970)
Heft: 6

Artikel: Sowjetische Zensur in Schweden?
Autor: Angelus, Oskar
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1092560>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

NEUES AUS DEM

Anlässlich der offiziellen Feier zum zehnjährigen Bestehen des Schweizerischen Ost-Instituts wurden am 18. März in Bern die ordentliche Tagung des Beratenden Ausschusses und eine Versammlung der Mitglieder des Vereins zur Förderung des Schweizerischen Ost-Instituts abgehalten.

Der wichtigste Anlass der Tagung war der Vortrag von Don Salvador de Madariaga «Ueber die Freiheit», dem über 500 Personen aus der ganzen Schweiz folgten und der mit grossem, anhaltendem Beifall verdankt wurde.

Der Vortrag wird in deutscher, französischer, englischer und spanischer Sprache im Verlag des SOI veröffentlicht und hier noch näher angezeigt werden.

Ein Gastkommentar

Dialog um «Nowi Mir»

Man trifft sich, man kommt ins Reden.

«Haben Sie gehört, dass Kossolapow zum neuen Chefredaktor des «Nowi Mir» ernannt worden ist?» sagte der Kenner der russischen literarischen Szene.

«Kossolapow? Ist mir kein Begriff. Ist das einer der vielen werktätigen Lyriker, die hier kein Mensch kennt?»

Als Antwort erfolgt ein unbezahlbarer Gesichtsausdruck, dann Lachen: «Kossolapow ein Lyriker? Er ist der allertrockenste, lebloseste sowjetische Bürokrat, den Sie sich denken können.» Er ist in Fahrt gekommen. «Und weil der gewichtigste, um nicht zu sagen der einzige Charakterzug dieser Bürokraten der Mangel an Persönlichkeit ist, die Unselbständigkeit und Ahnungslosigkeit, eignen sie sich ausnehmend gut für solche Posten. Kossolapow wurde, vor etwa zehn Jahren, vorübergehend auch als Chefredaktor der «Literaturnaja Gasjeta» eingesetzt, nachdem Smirnow in Ungnade gefallen war. Und später, als der Direktor des «Goslitizadat», des grössten Verlages, «unmöglich» wurde, musste wieder Freund Kossolapow einspringen. Dietrich-Schlüsselfiguren wie er können zwar überall eingesetzt werden, aber nie für zu lange, denn da sie solche unfähigen Stümper sind und

keine Ahnung von der Sache haben, kann man sie nicht lange in so verantwortungsvoller Stellung belassen, weil sonst bald das ganze dahin wäre. Die Literatur ist schliesslich kein Wurstgeschäft». Er hält nachdenklich inne.

«Wo war er denn bis jetzt aktiv bzw. obstruktiv, der Kossolapow?»

«Oh, er leitete auch mal das Komitee für Presseangelegenheiten, das für alle Verlage zuständig ist. Und jetzt hat er diese Rolle erhalten. Es ist mir unverständlich. Der «Nowi Mir» hatte immer gute Chefredaktoren gehabt, die letzten 25 Jahre abwechselnd Simonow und Twardowskij; die hatten immerhin noch etwas wie eine Persönlichkeit. Aber das ist es ja gerade. Das ZK wurde mit ihnen nicht so leicht fertig. Kossolapow wird ihm dagegen noch behilflich sein, er wird selber wegen jeder Kleinigkeit ins ZK rennen, um sich Instruktionen zu holen: Soll man das drucken, soll man es nicht drucken? Soll man es ummodellern, wie soll man es ummodellern? Was?» Und schaut seinen Zuhörer vorwurfsvoll an, und schweigt ein Weilchen bekümmert. Dann:

«Der ‚Nowi Mir‘ war immerhin noch die beste Literaturzeitschrift... Und jetzt haben sie unter den sechstausend Schriftstellern des Verbandes nicht einen einzigen finden können, nicht einmal einen mittelmässigen, dem sie diese grosse Literaturzeitschrift hätten anvertrauen können. Soll man da lachen oder heulen?» X. T. D.

Unser PRESSE-Kommentar

Die Tatsache, dass Mihajlo Mihajlov seiner öffentlich vertretenen Meinung wegen im Gefängnis sass, macht diese seine Meinung natürlich nicht zu einem Tabu. Man darf zum Beispiel mit ihr polemisieren, wenn man nicht mit ihr einverstanden ist.

Die Tatsache, dass der «Spiegel»-Korrespondent Hans Peter Rullmann jetzt in Jugoslawien wegen angeblicher Spionage im Gefängnis sitzt, wird uns auch nicht hindern, einige Anmerkungen zu einer Kritik zu machen, die er über Mihajlov («Weltwoche» Nr. 11/1970) veröffentlicht hat. Unsere Bemerkungen beziehen sich allerdings auf den Text, den er selber geschrieben hat, und nicht auf jenen, den allfälligerweise seine Feinde über ihn verbreiten. Das im Unterschied zu Rullmanns Vorgehen gegenüber Mihajlov,

von dem er wohl einiges vernommen, aber offensichtlich nichts gelesen hat.

Rullmann schrieb:

Bei den Leuten um Mihajlov handelt es sich nicht um eine repräsentative Schicht der jugoslawischen Intelligenz, sondern um ein Tutti-frutti aus Bohemiens und Langweilern, das von einem exzentrischen Kind weissrussischer Emigranten gekrönt wird, dessen halbfertige Dissertation sich mit Dostojewskij befasst. Seinen Hass gegen den sowjetischen Kommunismus könnte Mihajlov, der schon auf Grund seiner nationalen Herkunft in Jugoslawien auf Kontaktschwierigkeiten stösst, von seinen Eltern übernommen haben...

Ein Outsider, dessen politisches Programm mit den Realitäten nur wenig zu tun hat: sein Plan, aus «slowenischen christlichen Personalisten, kroatischen und serbischen Nationalisten und jungen kommunistischen Djilasisten» eine Oppositionspartei zu gründen, wird nicht einmal von Ristic verstanden, der Djilas wegen dessen kommunistischer Vergangenheit für einen Verbrecher und politische Aktionen für verfrüht hält.

Dem in Jugoslawien aufgewachsenen Mihajlov seine Vorväter vorzuwerfen, ist erstens eine feudale Methode und zweitens ein Vorgehen, das mit der Hauptsache nichts zu tun hat. Dass man daraus (statt aus seinen Schriften) seine Meinung ableiten will, ist ungefähr so, wie wenn man Friedrich Dürrenmatt eine klerikale Weltanschauung beweisen wollte, weil sein Vater Pastor war. Mihajlovs Gefühle gegenüber dem Sowjetsystem sind im «Moskauer Sommer 1964», entstanden nach Gesprächen mit Sowjetschriftstellern in der Sowjetunion von heute, durchaus zeitgenössisch begründet, und die historischen Kenntnisse sind wissenschaftlich erarbeitet, mit den Möglichkeiten eines Studiums im sozialistischen Jugoslawien. Zum Thema «Hass auf den sowjetischen Kommunismus»: Wenn dieses System, das Andersdenkende einsperrt oder umbringt, keinen Hass verdient, dann wäre das eine Billigung des Faschismus. Wenn Rullmann ferner zum Plan einer Oppositionspartei mit Führungszeichen von ihnen in Aussicht genommenen Angehörigen spricht, liesse das darauf schliessen, dass er Mihajlov zitiert. Aber er zitiert nicht ihn, sondern die Lügen über ihn. Was Mihajlov selber über die Rolle einer Opposition denkt, lässt sich bei Mihajlov nachlesen. cb

Sowjetische Zensur in Schweden?

Von Oskar Angelus

Eine Zensur gibt es in der UdSSR nicht — behaupten die Sowjets. Allerdings nur sie allein. Die Schriftstellerprozesse der letzten Zeit, Entlassungen (Twardowski), Ausschlüsse aus dem Schriftstellerverband (Solschenizyn), Ausbürgerungen (Tarsis), Einweisungen in Konzentrationslager (Sinjowski, Daniel), «Korrekturen» der literarischen Arbeiten durch die Geheimpolizei (Kusnezow), Verhaftungen, Deportationen und Einsperrungen in Irrenhäuser am laufenden Band beweisen das Gegenteil. Nur das Stalinsche Allheilmittel, der Genickschuss, scheint nicht in Anwendung zu gelangen. Wenn es nicht um wichtige Kulturfragen und Gegenwartsprobleme ginge, könnten die Massnahmen der Moskauer

Obrigkeiten den Westen kalt lassen. Es handelt sich jedoch um mehr und, um zum Thema zu kommen, um Dinge, die ihre Schatten bereits auf Vorstellungen der westlichen Welt über Freiheit und Demokratie werfen.

Das zeigt sich z. B. in Schweden. Dieses hochkultivierte Land mit seiner alten demokratischen Tradition bildet deshalb ein gutes Beispiel zum Studium östlicher Polizeimethoden in der freien Welt, weil es ein Land mit wenigen Grossstädten ist, wo der Mensch noch Mensch und kein Anonymus zu sein pflegt.

Das bereits vor dem Zweiten Weltkriege vom Krenl aufgebaute System der Spitzel und Agen-

ten, die Unterwanderung der westlichen Presse durch Journalisten wie Richard Sorge ist inzwischen zu einer oft übersehenen, nichtsdestoweniger machtvollen Waffe in der Hand der Sowjets geworden, zur gefährlichsten, die sie heute im Kampf um die Alleinherrschaft in der Welt besitzen.

Einige Beispiele aus Schweden zeigen, wohin wir in dieser Hinsicht schon gelangt sind.

Ein paar Journalisten, unten als K. und L. bezeichnet, die über sowjetische Fragen schreiben, fielen der Krenl-Botschaft in Stockholm auf die Nerven. Zunächst sandte diese als Reaktion auf einen Artikel des L. eine Berichtigung an die entsprechende Zeitung, die sich auf allbekanntem propagandistischen Geleise bewegte. L. schrieb weiter. Dann erfolgte wahrscheinlich — viele Anzeichen sprechen dafür — ein «gemeintem» Rat der Botschaft an die Regierung.

(Fortsetzung auf Seite 8)

Sowjetische Zensur in Schweden?

(Fortsetzung von Seite 7)

Da die Pressefreiheit in Schweden nicht als Zierde der Verfassung, sondern als unanfechtbares Recht der Bürger gedacht ist, drangen die Russen mit ihrem Rat nicht durch.

Sie änderten die Taktik. In der Redaktion der Zeitung, in der K. als freier Mitarbeiter über die UdSSR schrieb, erschienen Schweden aus dem bürgerlichen Lager und machten auf die Vergangenheit K.s aufmerksam, der Kommunist gewesen sei, sich kriminell vergangen hätte, aus der Partei ausgeschlossen worden sei und sich bemühe, durch Schmähartikel am Bolschewismus Rache zu üben. Das Ganze stellte sich als böswilliger Tratsch heraus. K. konnte weiterschreiben, die Redaktion wurde aber mit anonymen Drohbriefen überschwemmt.

In letzter Zeit werden derartige «Kommunisten» als «Faschisten» abgestempelt. Das hat sich als wirksamer erwiesen und passt in die heutige Lage, wo der Kommunismus an gesellschaftlichem Ansehen gewinnt, wenn auch nicht im Volk, so in bestimmten Kreisen.

Verschlechtert hat sich die Situation für unabhängig denkende Journalisten. Wenn sie sich negativ über sowjetische Verhältnisse äussern, können sie ihre Arbeiten schon in vielen Zeitungen kaum anbringen, erhalten ihre Arbeiten in der Regel aus «Raummangel» zurück. Mündlich, aber nie schriftlich oder telephonisch wird ihnen bedeutet, dass die Artikel nicht objektiv seien, sich mit Dingen befassen, die den Leser nicht interessierten, den «kalten Krieg der Amerikaner» unterstützten, faschistisches Gedankengut verbreiteten usw. Bekannte haben mir erzählt, dass ihre unerwünschten Arbeiten von sowjetfreundlichen Redaktoren — wohl aus Mangel an besseren Argumenten — deshalb abgelehnt wurden, weil sie angeblich westdeutsche Ansichten vertraten! Eine Kategorie des Verbrechens, anscheinend.

Nun wäre es jedoch grundfalsch, anzunehmen, dass derartige zwischen ultralinks und rechts lazierende Zeitungen nur aus Vorliebe kryptokommunistischer Redaktoren für Moskau so handeln. Schweden hat es zum Wohl seiner Bevölkerung verstanden, sich seit den Napoleonischen Kriegen aus militärischen Konflikten herauszuhalten. Die heutigen Machthaber und manche Journalisten glauben, das auch in Zukunft erreichen zu können. Das ist insofern ein Denkfehler, als die UdSSR im Unterschied zum zaristischen Russland sehr weitgehende aussenpolitische Ziele verfolgt, deren nächstes in Europa in der Eroberung der Küsten des Atlantischen Ozeans liegt. Zweitens denkt Moskau beim heutigen Stand der Dinge nicht in erster Linie an ein militärisches Abenteuer in Europa, das so riskant wäre. Es hofft sein Ziel durch breite und geschickte Unterwanderung des Westens zu erreichen, zunächst Westdeutschlands, Frankreichs und der nordischen Länder mit Schweden an der Spitze. Die grösste Gefahr für das heutige Schweden und sein Eigenleben liegt in der Naivität nicht der Regierung, sondern eines Teils der Presse und der durch sie beeinflussten Leser, die auf Schwindelratten raffinierter Agenten leicht hereinfallen.

Um seinen Wünschen Nachdruck zu verleihen, greifen sowjetische Blätter hin und wieder schwedische Menschen und Zustände an. Die Jugend sei verkommen (Prostitution, Pornographie,

Trunkenheit, Rauschmittelsucht), behauptete Ende 1969 die «Komsomolskaja Prawda». Die Stellung der Frau sei ebenso unerträglich wie die der Neger in den USA und der türkischen, italienischen und anderer Fremdarbeiter in Schweden («Sowjetskaja Estonija» im Herbst 1969). Sowjetfreundliche Blätter wiederholten diese Aussagen wortgetreu, statt sie mit Stillschweigen als Propaganda zu übergehen.

Besonders eifrig nimmt sich die Sowjetpresse des neuen Ministerpräsidenten an («Za rubeschom»). Moskau weiss, dass ihm nicht die Handvoll Neofaschisten oder die gesamte bürgerliche Opposi-

tion in Schweden gefährlich sein kann, die völlig zerspalten ist, sondern einzig die Sozialdemokraten. Diesen Standpunkt des Kremls kannte Erlander, der kürzlich pensionierte Ministerpräsident. Der alte und erfahrene Politiker ist fort, und Moskau versucht jetzt, seinen jungen Nachfolger vor seinen Wagen zu spannen.

Taktik und Denkrichtung der UdSSR stellen nichts Aussergewöhnliches dar. So handeln alle Weltmächte. Das Ungewöhnliche besteht darin, dass ihr — lange nicht nur in Schweden! — fortlaufend Glauben geschenkt wird, trotz ständigen Missbrauchs des Vertrauens. ■

Lateinamerikanische Uebersicht

Niemand, der kein Doppelspiel betriebe

Von Alphonse Max

Wie sehr die Sowjetunion daran interessiert ist, die bestehenden «oligarchischen» Regimes in Lateinamerika zu erhalten, und wie wenig Interesse sie an einer zusätzlichen Kommunisierung hat, kann man daraus schliessen, dass just vor den Wahlen in Chile der christdemokratische Präsident Eduardo Frei eine Einladung zum Besuch in die Sowjetunion erhalten hat. Es ist offensichtlich, dass der Kreml kein Interesse hat, seine eigenen Kader ans Ruder kommen zu lassen, weil er genau weiss, dass dies unweigerlich eine Reaktion hervorrufen würde — sei es intern oder innerhalb der Organisation Amerikanischer Staaten, die ja auch dazu geschaffen wurde, um extrakontinentale Einflüsse zu bekämpfen. Das demütigende Eingeständnis Kubas, dass es die lateinamerikanischen Guerrillas nicht mehr finanzieren will (ganz gleich, ob dies in vollem Masse zutrifft oder nicht) zeugt davon, dass die Partisanenbewegung in Lateinamerika versagt hat und der Kreml sich rechtzeitig von dieser Hypothek befreien will.

Andererseits sieht sich die Sowjetunion gezwungen, Kuba sowohl weiterhin in grossem Masse wirtschaftlich zu unterstützen, als auch militärisch auszurüsten. Bei einem Besuch des kubanischen Vize-Aussenhandelsministers in Moskau wurde ein sowjetisch-kubanisches Handelsprotokoll für das Jahr 1970 abgeschlossen, das einen Handelsaustausch in Höhe von 1,2 Milliarden Rubel vorsieht, rund 50 Prozent höher als im vergangenen Jahr. Für 5 Millionen Tonnen kubanischen Zucker will die Sowjetunion Rohöl, Erdölprodukte, Lebensmittel, Maschinen und Anlagen an Kuba liefern. Ferner hat die Sowjetunion Kuba im Rahmen eines Plans, die Militärhilfe beträchtlich zu erhöhen, moderne Land—Luft-Raketen geliefert. Während Sprecher des Pentagons erklären, dass keine Beweise vorlägen, dass in Kuba Angriffsraketen installiert worden seien und dass das gegenwärtige kubanische Militärpotential keine Bedrohung der Sicherheit der Hemisphäre darstelle, behaupten kubanische Flüchtlinge, die Russen hätten Angriffsraketen in Berggrotten und Höhlen getarnt.

Kuba muss salonfähiger Partner werden — sonst reizt es zu verbotenen Spielen

Als neuester Fürsprecher für die Wiederaufnahme von Beziehungen der amerikanischen Staaten zu Kuba machte sich der Regierungschef von Trinidad-Tobago auf der CIES-Konferenz in Caracas (Venezuela) bemerkbar; er kann vor allem auf die Unterstützung Jamaikas rechnen.

Beide zum britischen Commonwealth gehörenden Inselstaaten waren noch keine OEA-Mitglieder, als die interamerikanische Organisation beschloss, sämtliche Beziehungen zu Kuba zu unterbrechen; sie mussten diese Unterbrechung jedoch als Bedingung annehmen, um in die OEA

aufgenommen zu werden. Chile und Venezuela treten als christlichsozial regierte Staaten für die Wiederaufnahme von Castro in die Organisation Amerikanischer Staaten auf, obgleich Venezuela beteuert, nichts ohne Zustimmung der anderen amerikanischen Staaten zu unternehmen.

Anders liegt der Fall Chile, ein Land, das vor dem gegen Castro verhängten Boykott 80 Prozent sämtlicher Einfuhrgüter Kubas lateinamerikanischen Ursprungs lieferte. Chiles Aussenminister Gabriel Valdés schlug vor, den Boykott gegen Kuba auf dem wirtschaftlichen Sektor zu beenden, da Castro keine Gefahr mehr für den Rest des Kontinents bedeute. Wenige Tage darauf wurde bekannt gemacht, dass Chile 1300 Tonnen Knoblauch, 2500 Tonnen Zwiebeln und 6000 Tonnen Bohnen (im Wert von zusammen zirka 3 Millionen Dollar) im Laufe dieses Jahres an Kuba liefern würde; das Geschäft sei bereits abgeschlossen, und für das Jahr 1971 seien entsprechende Verträge für ähnliche Lebensmittel im Werte von 8 Millionen Dollar vorgesehen. Der Sprecher der chilenischen Regierung, der Vizepräsident der Bodenreform-Korporation, Rafael Moreno Rojas, betonte, dass der Verkauf nicht die Blockade-Bestimmungen verletzt, da diese die Lieferung von Medikamenten und Lebensmitteln gestatten.

Dagegen nahm Kolumbiens Präsident Carlos Lleras Restrepo offen gegen die offiziellen chilenischen Erklärungen Stellung und erklärte, dass sein Land diese keinesfalls teile. In diplomatischen Kreisen in Bogota war man überdies der Ansicht, dass die Erklärungen der Regierungsmitglieder Chiles zu Wahlzwecken erfolgt seien, um unter den linksgerichteten Kreisen und den Kommunisten Stimmen für den offiziellen Präsidentschaftskandidaten Radomiro Tomic zu gewinnen.